



**Geschäftsführung  
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)**

Frau Stumm

Telefon: (0221) 221-91709  
Fax : (0221) 221-91591  
E-Mail: beate.stumm@stadt-koeln.de

Datum: 29.03.2012

**Auszug  
aus der Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt  
vom 15.03.2012**

**öffentlich**

**5.5 Schaffung bewirteter Strukturen zur Reduktion freier Versammlungsfläche am Brüsseler Platz  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU  
und von Herrn Löwisch, Die Linke  
AN/0264/2012**

Herr Hupke begrüßt Herrn Stadtdirektor Kahlen, der eigens zu diesem Tagesordnungspunkt erschienen ist.

Herr Kahlen teilt zunächst mit, dass aufgrund einer Kommunikationspanne keine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt werden kann.

Er verweist darauf, dass seit der gestrigen Landtagsauflösung nicht mehr so schnell mit den von der Stadt angestrebten Änderungen des Ladenöffnungsgesetzes oder des Ordnungsbehördengesetzes zu rechnen ist. D. h., die wünschenswerte Ermächtigungsgrundlage, um bspw. den Alkoholnachschieb in bestimmten Gebieten und ab einer bestimmten Uhrzeit zu unterbinden, käme derzeit nicht zum Tragen. Allein schon aus diesem Grund empfiehlt Herr Kahlen der Bezirksvertretung, den Antrag nicht zu verabschieden. Seine Sorge besteht u. a. darin, dass das gemeinsame Ziel, nämlich die Nachtruhe ab 24.00 Uhr durch den Antrag gefährdet wird, da hierdurch eine unklare Mischsituation auf dem Platz entstünde.

Herr Deutsch teilt selbstverständlich die allgemeine Zielvorstellung von Herrn Kahlen. Er sieht allerdings keinen Grund für die von Herrn Kahlen geäußerten Bedenken, denn es soll durch den Antrag lediglich die Zone für die „offiziellen“ Gäste vergrößert und die ungeordnete Fläche verkleinert werden.

Herr Hupke betont, dass der gemeinsame Antrag so mit dem Beirat Brüsseler Platz abgestimmt wurde und dass es ein Glücksfall war, Herrn Dr. Wiener als Moderator

gewinnen zu können. Ohne den Moderationsprozess wären sicherlich die Forderungen nach einer Einzäunung des Brüsseler Platzes vehementer gefordert worden. Seines Erachtens müssen evtl. Klagen unbedingt durchgezogen werden, denn die Welt ist insgesamt lauter geworden, weil sich das Freizeitverhalten verändert hat.

Auch Frau Nauwerk kann die Argumente von Herrn Kahlen nicht nachvollziehen. Sie bestärkt das Statement von Herrn Hupke und geht sogar davon aus, dass es ohne die Einleitung des Moderationsprozesses am Brüsseler Platz zur Selbstjustiz gekommen wäre. Aus ihrer Sicht müsste das Problem am Brüsseler Platz durch die Erweiterung der genehmigten Außengastronomie kleiner anstatt größer werden. Herr Mevenkamp schließt sich seiner Vorrednerin an.

Laut Herrn Löwisch ist ohnehin davon auszugehen, dass geklagt wird. Das Verwaltungsgericht müsste dann für jede einzelne Person ein Aufenthaltsverbot aussprechen.

Herr Kahlen hält die gegenwärtige Situation, wenn sich die Menschen überwiegend auf der Platzfläche aufhalten, für überschaubar. Er gibt zu bedenken, dass durch die Erweiterung der Außengastronomie nicht etwa weniger Menschen zum Platz kämen, sondern die Besucher und Besucherinnen des Platzes lediglich in die Nebenstraßen und auf die Fahrbahn verdrängt würden. Dadurch verschärfe sich die Gefahrensituation und die Stadtverwaltung müsse ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen.

Herr Kahlen bestätigt die Auffassung von Herrn Hupke, dass die Welt lauter geworden sei und verweist darauf, dass sich bei der Erstellung einer Lärmkarte von 1.678 Rückmeldungen sogar 17-18 % gegen Freizeitlärm richten, 49 % gegen Straßenlärm und nur 1 % gegen Industrielärm. Es ist allerdings die Aufgabe der Stadt Köln - erst Recht aufgrund der Verpflichtung zur Erstellung eines Lärmaktionsplanes - und nicht der „dritten Gewalt“, dafür zu sorgen, dass der Lärm reduziert wird. Insofern möchte er es auch nicht auf Klagen der Anwohner ankommen lassen. Er betont auch, dass ein Gericht nicht konkrete Maßnahmen, wie von Herrn Löwisch angesprochen, anordnen wird, sondern der Stadt Köln nur aufgeben wird, den Lärm zu mindern. Die Wahl der Mittel sei Sache der Stadt Köln.

Nach einigen Wortbeiträgen zur Dauer der Konzession, wobei betont wird, dass die Gastronomen zum jetzigen Zeitpunkt Planungssicherheit brauchen, und einer kurzen Sitzungspause lässt Herr Hupke über den Antrag abstimmen.

Auf Vorschlag von Herrn Mevenkamp, dem zugestimmt wird, sollen im Antragstext hinter das Wort „Stühlen“ die Worte „auf Antrag“ eingefügt werden.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, für weitere Flächen des Brüsseler Platzes gastronomische Angebote mit bewirteten Tischen und Stühlen **auf Antrag** zu genehmigen, und so das in Ansätzen im letzten Jahr erprobte Konzept fortzuführen. Die Bezirksvertretung Innenstadt bekräftigt damit ihre Absicht, durch die Etablierung geordneter gastronomischer Angebote auf dem Brüsseler Platz, die Flächen für spontane Versammlungen zu reduzieren und in steuerbare Strukturen zu überführen. Ziel soll sein, möglichst große Bereiche bis 24 Uhr durch gastronomische Bestuhlung zu belegen, um dort die Besucherzahl pro qm zu reduzieren und dadurch die verbleibende Fläche für den freien Verzehr von mitgebrachten Getränken zu verkleinern.

Die Beendigung aller gastronomischen Aktivitäten ab 24 Uhr ist sicherzustellen. Gleichzeitig soll für die verbleibenden Flächen das Konzept der sanften Ansprache und Aufforderung zum Verlassen des Platzes ab 24 Uhr durch Ordnungsamt und Polizei fortgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich gegen Herrn Jorris und bei Enthaltung von Frau Dr. Killersreiter beschlossen.